

Bezirksregierung Köln

Unterkommission ÖPNV/Schiene der Verkehrskommission des Regionalrates
<u>Sachgebiet:</u> Niederschrift
Drucksache Nr.: UK Schiene 100/2015
4. Sitzungsperiode

Köln, den 14. März 2014

Vorlage für die 01. Sitzung der Unterkommission Schiene der Verkehrskommission des Regionalrates

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 05. Sitzung der Unterkommission ÖPNV/Schiene der Verkehrskommission des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 14. März 2014

Rechtsgrundlage § 21 Abs. 10 Geschäftsordnung des Regionalrates (GO)

Berichterstatter Frau Krakor, Dezernat 25, Tel.: 0221 / 147 - 2365

Inhalt - Niederschrift (Seite 2 bis 9)
- Anwesenheitsliste (3 Seiten)

Anlage Presseinformation Lärmschutz

Beschlussvorschlag:

Die Unterkommission Schiene genehmigt die Niederschrift.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Verkehrskommission / Niederschrift	UK Schiene 100/2015	2

Niederschrift

über das wesentliche Ergebnis der 05. Sitzung der Unterkommission ÖPNV/Schiene der Verkehrskommission des Regionalrates am 14. März 2014

Teilnehmer/Innen: siehe beiliegende Anwesenheitsliste

Sitzungsbeginn: 10.05 Uhr

Sitzungsende: 10.50 Uhr

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Verkehrskommission / Niederschrift	UK Schiene 100/2015	3

Vor Einstieg in die Tagesordnung

Herr Waddey (Vorsitzender) eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Unterkommission sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksregierung. Des Weiteren begrüßt er Herrn Dr. Reinkober vom Nahverkehr Rheinland.

Er stellt die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Unterkommission fest.

Die Sitzungsteilnehmer sind der beigefügten Anwesenheitsliste zu entnehmen.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Die Unterkommission genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2: Benennung eines stimmberechtigten Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 05. Sitzung der Unterkommission ÖPNV/Schiene der Verkehrskommission des Regionalrates

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird **Herr Borning**, CDU – Fraktion, bestimmt.

TOP 3: Genehmigung der Niederschrift über das wesentliche Ergebnis der 04. Sitzung der Unterkommission ÖPNV/Schiene am 03. Mai 2013 Drucksache Nr.: ÖPNV/ Schiene 02/2012

Die Unterkommission der Verkehrskommission des Regionalrates genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 4: Anträge

a) Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Trassensicherung und Reaktivierungsmöglichkeiten bei Eisenbahnstrecken“ Drucksache Nr.: UK ÖPNV/Schiene 14/2014 (TV)

Herr Beu (DIE GRÜNEN) bittet darum, analog zum heutigen Antrag, die erbetenen Unterlagen vorab als Rohentwurf zeitnah in der nächsten Sitzung der Verkehrskommission vorzulegen, spätestens jedoch in der nächsten Regionalratssitzung.

Herr Krekels (SPD) beantragt die Vertagung des vorliegenden Antrags, bis das Beratungsergebnis der NVR GmbH diesem Gremium vorgelegt werden kann.

Herr Hauser (CDU) schließt sich inhaltlich dem Antrag der GRÜNEN-Fraktion an. Im Hinblick auf die planerischen Optionen sei es notwendig, eine Einschätzung der

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Verkehrskommission / Niederschrift	UK Schiene 100/2015	4

NVR GmbH zu erhalten, hinsichtlich der Realisierungsmöglichkeiten der einzelnen Strecken.

Herr Hundenborn (HD Dez. 32) führt aus, gemäß dem 8. Zielsatz des Entwurfs für den neuen LEP werden die Träger der Regionalplanung verpflichtet, nicht mehr genutzte, aber für die regionale Raumentwicklung bedeutende Schienenwege, als Trassen zu sichern. Der vorliegende Antrag gibt der Bezirksregierung eine umfassende Sachverhaltsermittlung auf.

Bezugnehmend auf die heutigen Wortmeldungen und der Bedeutung des heutigen Antrags sind zwei Fallkonstellationen zu unterscheiden; die Darstellung von Schienentrassen die bereits genutzt sind oder in der Verkehrsinfrastrukturplanung für eine künftige Nutzung vorgesehen sind, die insbesondere in den gesetzlichen Bedarfs- und Ausbauplänen des Bundes und des Landes dargestellt sind. Hier besteht bereits eine fachliche Bindung der Regionalplanung, d.h. dass keine Planänderungen mehr vorgenommen werden können. Die zweite Fallkonstellation betrifft die für die regionale Raumentwicklung bedeutsamen stillgelegten sowie bereits entwidmeten Trassen, für welche langfristig eine künftige Reaktivierung ermöglicht werden sollte. Er sagt zu, gemäß dem heutigen Antrag würden die gewünschten Unterlagen als Zwischenbericht erst in der nächsten Regionalratssitzung vorgelegt werden können.

Herr Dr. Reinkober (NVR) ergänzt dazu, dass sowohl die NVR GmbH, die DB AG und auch die Kommunen mit deren Kenntnisstand, über die jeweiligen entwidmeten Strecken, involviert werden müssten.

Die Mitglieder der Unterkommission ÖPNV/Schiene fassen einstimmig den folgenden Beschluss:

Die Informationen der Bezirksregierung werden heute zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung werde einen Zwischenbericht in der nächsten Regionalratssitzung vorlegen.

b) Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Weiterentwicklung von Park & Ride und Bike & Ride im Regierungsbezirk Köln“
Drucksache Nr.: UK ÖPNV/Schiene 15/2014 (TV)

Herr Metz (DIE GRÜNEN) schlägt vor, in Anbetracht der übergreifenden Zuständigkeiten, die Bezirksregierung als geeignete Stelle mit der Koordination auf regionaler Ebene und der Verknüpfung der Verkehrsträger, zu beauftragen.

Zur Nachfrage von **Herrn Hauser** (CDU) erklärt **Herr Hundenborn** (HD Dez.32), die P&R sowie die B&R Anlagen seien regionalplanerisch nicht dargestellt, da sie überwiegend in Siedlungsräumen vorhanden sind. Würden sie im Freiraum liegen, hätten sie aufgrund ihrer Größe keine Raumbedeutsamkeit und somit bestünde keine Darstellungsverpflichtung.

Frau Krakor (Dez.25) informiert, dass der vorliegende Antrag zwei Fördergegenstände des ÖPNV behandle. Sowohl P&R als auch B&R Anlagen können grundsätzlich nach den Regularien der ÖPNV Förderung gefördert werden, die Bewilligungsbehörde sei somit der NVR. Die im Antrag angesprochene Abstimmung bzw. Koordinierung mit anderen Infrastrukturprojekten des Bundes, Landes und der Kommunen erfolgt dementsprechend bereits jetzt schon durch den NVR.

Herr Dr. Reinkober (NVR) teilt mit, derzeit sei man für diese Projekte im Dialog mit den Zuwendungsempfängern. Die eingereichten Unterlagen für die Programm-meldungen werden dann nach erfolgter Prüfung als Beschlussvorlage formuliert und dem Gremium der NVR GmbH vorgelegt.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Verkehrskommission / Niederschrift	UK Schiene 100/2015	5

Herr Metz (DIE GRÜNEN) verweist mit Nachdruck auf den schwerpunktmäßig in diesem Antrag formulierten Hinweis, die Koordination von Verkehrsprojekten für die sich eine originäre Zuständigkeit ergibt, als ein wesentliches Element der regionalen Verkehrspolitik zu verstehen.

Herr Hauser (CDU) schlägt vor, den heutigen Beschluss dahingehend zu formulieren, dass die NVR GmbH nach erfolgter Programmaufnahme der Projekte in einem dieser Gremien die Mitglieder über die Ergebnisse beratend informiert.

Der Vorsitzende fasst im Ergebnis zusammen, dass der vorliegende Antrag durch den mündlichen Antrag der CDU-Fraktion ersetzt werde, die Bezirksregierung zu bitten, das Programm der NVR GmbH den Mitgliedern in diesem Gremium zur Kenntnis vorzulegen.

Die Unterkommission ÖPNV/Schiene beschließt mehrheitlich, gegen die Stimmen der GRÜNEN – Fraktion, den mündlichen Antrag der CDU – Fraktion.

TOP 5: Anfragen

a) Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN „Entlastungs- Schienenstrecke für das Mittelrheintal in der Bundesverkehrswegeplanung“ Drucksache Nr.: ÖPNV/Schiene 16/2014 (TV)

Herr Dr. Reinkober (NVR) teilt mit, dass derzeit keine Informationen über die auf Bundesebene durchgeführten Planungen vorliegen, die dort eingereichten Anmeldungen für den BVWP seien in Bearbeitung.

Des Weiteren gibt er zu bedenken, dass eine Verlagerung der lärmverursachenden Fahrzeuge auf eine andere Strecke nicht das Ziel sein sollte, sondern die Reduzierung des Lärms an den Schienenfahrzeugen. Es sei eine Umrüstung an den Bremsanlagen erforderlich, die die Lärmbelastung um etwa 50 Prozent reduzieren würde. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Pressemitteilung des neutralen, externen Netzbeirates der DB Netz AG zum Thema „Lärm“, dass dem Protokoll beigelegt werde.

Er stimmt den Ausführungen von **Herrn Beu** (DIE GRÜNEN) dahingehend zu, dass primär die Intention sein sollte, mehr Kapazitäten von der Straße auf die Schiene zu verlagern, unter Berücksichtigung der realen Möglichkeiten.

Herr Pohlmann (FDP) bittet um die konkrete Beantwortung der ersten Frage hinsichtlich einer Schienenstrecke im Korridor der BAB 61.

Herr Metz (DIE GRÜNEN) schlägt vor, in Anbetracht der Mitwirkung einiger Bundesländer bei der Bundesverkehrswegeplanung für die Trassenführung an der BAB 61, dass sich die Bezirksregierung bei der angedachten Studie des BMVI gegebenenfalls als Prozessbeteiligter mit einbringe.

Herr Hundenborn (HD Dez.32) erklärt dazu, dass eine Mitwirkung der Bezirksregierung über deren Kompetenzbereich hinausgehe, an dieser Studie sei ausschließlich das MBWSV beteiligt. Gemäß dem einstimmigen Votum der Mitglieder des Regionalrates wurde dieses Vorhaben für den BVWP angemeldet und findet somit die volle Unterstützung des Landes.

Die Pressemitteilung ist in der Anlage dem Protokoll beigelegt.

Die Unterkommission ÖPNV/Schiene nimmt die Antwort der Bezirksregierung Köln zur Kenntnis.

Sachgebiet:	Drucksache	Seite
Verkehrskommission / Niederschrift	UK Schiene 100/2015	6

b) Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN „Entwicklungsmöglichkeiten der Ratheimer Bahn“

Drucksache Nr.: UK ÖPNV/Schiene 17/2014

Zu den Anfragen von **Herrn Metz** (DIE GRÜNEN) teilt **Herr Hundenborn** (HD Dez.32) mit, ein Antrag auf Regionalplanänderung von der Stadt Hückelhoven liege nicht vor. Die landesplanerische Festlegung sei ein Kriterium bei Entwidmungsverfahren. Um das landesplanerische Ziel nicht zu beeinträchtigen, sei die Kommune im Rahmen ihrer Bauleitplanung angehalten, eine alternative Trasse darzustellen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass somit eine Änderung des Regionalplans nicht erforderlich würde.

Zur Nachfrage von **Herrn Beu** (DIE GRÜNEN) teilt **Herr Hundenborn** mit, (HD Dez.32) dass bei einer weiteren Inanspruchnahme einer neuen Trasse die Kostenträgerschaft unberührt bleibe.

Herr Dr. Reinkober (NVR) ergänzt dazu, sofern eine Ersatztrasse zur Verfügung stünde, habe man keine Bedenken gegen eine Entwidmung.

Die Unterkommission ÖPNV/Schiene nimmt die Antwort der Bezirksregierung Köln Zur Kenntnis.

TOP 6: Mitteilungen

a) der Bezirksregierung

liegen nicht vor.

b) des Vorsitzenden

liegen nicht vor.

Unterkommission der Verkehrskommission
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Waddey
(Vorsitzender)

Unterkommission der Verkehrskommission
des Regionalrates des
Regierungsbezirkes Köln

gez. Borning
(CDU – Fraktion)

Aufgestellt:
Bezirksregierung Köln
gez. Harms
(Dezernat 25)

Unterkommission ÖPNV/Schiene
- Anwesenheitsliste -

UK ÖPNV/Schiene-Sitzung am 14. März 2014

1. Stimmberechtigte Mitglieder

CDU - Fraktion

Name	anwesend
Borning, Ronald	X
Deppe, Rainer	X
Dohmen, Hans-Willi	X
Fabian, Gerd	
Jüngling, Liane	X
Möring, Karsten	Vertr.Hauser
Omankowsky, Albrecht	
Stefer, Michael	X
Stellvertreter/in	
Donie, Brigitte	
Finkeldei, Norbert	
Götz, Stefan	
Hauser, Benedikt	X
Jansen, Franz-Michael	
Kleine, Jürgen	
Rackwitz-Zimmermann, Heidi	
Schmitz, Hans-Theo	
Vitz, Verena	
Weber, Günter	

SPD - Fraktion

Name	anwesend
Buhse, Bodo	X
Koschorreck, Peter	X
Krekels, Gerhard	X
Noack, Horst	X
Schmitz, Hans	X
Stellvertreter/in	
Bubacz, Hans-Joachim	X
Höfken, Heiner	
Konzelmann, Thorsten	
Neitzke, Horst	
ten Haaf, Ralf	
Tüttenberg, Achim (MdL)	
Wagner, Anton Richard	

FDP

Name	anwesend
Pohlmann, Christian	X
Westerschulze, Stefan	X
Stellvertreter/in	
Finke, Rudolf	
Göbbels, Ulrich	
Jöde, Eberhard	
Kirchmeyer, Christtraut	
Müller, Reinhold	

DIE GRÜNEN

Name	anwesend
Beu, Rolf (MdL)	X
Metz, Martin	X
Waddey, Manfred	X
Stellvertreter/in	
Herlitzius, Bettina (MdB)	
Lambertz, Horst	
Schäfer-Hendricks, Antje	X
Zentis, Gudrun (MdL)	

2. Beratende Mitglieder gem. § 21 Abs. 3 GO

Name	anwesend
Bornhord, Rüdiger (Freie Wähler)	X
Hauser, Benedikt (CDU)	
Höfel, Hans-Peter (CDU)	X
Kolvenbach, Bernd (CDU)	
Möller, Lars (CDU)	X
Dr. Reinkober, Nobert (Verkehrsverbund Rhein-Sieg)	X
Dr. Schmidt-Freitag, Wilhelm (Verkehrsverbund Rhein-Sieg)	
Schmitz, Georg (VCD Aachen-Düren)	
Singer, Peter (Die Linke)	X
Sistenich, Hans-Joachim (Aachener Verkehrsverbund)	
Wolter, Judith (pro NRW)	
Zorn, Gerhard (SPD)	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Köln

Frau Krakor, Dez. 25
Frau Harms, Dez. 25
Herr Plaszczyk, Dez. 32
Herr Hundenborn, Dez. 32
Herr Schneemann, Dez. 32

Fraktionsgeschäftsführungen

Hoffmann, Hajo	X
Jöde, Eberhard	
Knauff, Sebastian	
Schäfer-Hendricks, Antje	

PRESSEMITTEILUNG des Netzbeirates

25. Juni 2013

Beschluss Netzbeirat zum Thema Lärmverminderung im Schienenverkehr

Die lärmarme Bremssohle ist verfügbar – der Sektor ist bereit zur Umrüstung. Die Politik muss jetzt die Rahmenbedingungen für die schnelle Umrüstung verbessern.

Aufgrund der großen Bedeutung des Lärms für die gesellschaftliche Akzeptanz des umweltfreundlichen Schienengüterverkehrs hat sich der Netzbeirat erneut mit diesem Thema befasst. Der Netzbeirat unterstreicht die Notwendigkeit, den Schienenlärm signifikant und nachhaltig zu reduzieren, um damit die gewünschte Verlagerung von Verkehr auf die Schiene nicht zu gefährden. Der Netzbeirat unterstützt die Zielstellung einer Lärmhalbierung bis zum Jahr 2020. Die Erarbeitung weitergehender Zielsetzungen nach dem Jahr 2020 bedarf zunächst zusätzlicher erheblicher Forschungs- und Entwicklungsmittel.

Der Netzbeirat begrüßt die Zulassung der LL-Sohle (Low-Low-Bremssohle) als zwingende Voraussetzung für die Umrüstung der Bestandsflotte an Güterwagen. Die Voraussetzungen für die Einführung des Lärmabhängigen Trassenpreissystems (LaTPS) und die Förderung des Umbaus sind damit geschaffen.

Der Netzbeirat unterstreicht im Gesamtkontext steigender Faktorkosten, dass die mit dieser Zielstellung verbundenen Kostenbelastungen durch Lärmverminderungsmaßnahmen nicht zu intra- und intermodalen Verwerfungen führen dürfen. Insbesondere im Wettbewerb zum LKW muss eine Verkehrsverlagerung weg von der umweltfreundlichen Schiene hin zur Straße ausgeschlossen werden. Die vom Netzbeirat als wichtig erachteten Maßnahmen sollen sowohl an der Infrastruktur als auch am Güterwagen ansetzen. Durchgreifende Lärminderung kann nur gemeinsam durch Infrastrukturbetreiber und Wagenhalter erzielt werden. Zur Reduktion des Schienenlärms schlägt der Netzbeirat im Einzelnen vor:

Maßnahmen an der Infrastruktur:

- Die Maßnahmen im Rahmen des freiwilligen Lärmsanierungsprogramms des Bundes mit aktivem Lärmschutz (z.B. Schallschutzwände) und passivem Lärmschutz (Lärmschutzfenster) sind - wo immer sinnvoll – fortzuführen und ggfs. zu beschleunigen.
- Die im Rahmen des Konjunkturprogramms II entworfenen innovativen Lärminderungsmaßnahmen an der Infrastruktur (z.B. Schienenstegdämpfer, High Speed Grinding) sollen zügig umgesetzt werden.
- Die für den Lärmschutz insgesamt bereitgestellten Mittel sind zu erhöhen und zu verstetigen.
- Um objektive Aussagen über Lärmbelastungen zu bekommen, ist ein Messkonzept zu entwickeln und zu implementieren.

Maßnahmen am Güterwagen

- Der Netzbeirat fordert alle Wagenhalter auf, sich zu einer verbindlichen Umrüstung der Güterwagen auf Verbundstoffsohlen bis 2020 zu verpflichten.
- Das Lärmabhängige Trassenpreissystem sollte hinsichtlich seiner Anreizwirkungen spätestens in 2014 überprüft werden. Insbesondere im Hinblick auf eine frühzeitige Umrüstung muss die Anreizwirkung verstärkt werden. Hierzu sind zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich.
- Um eine zügige und umfassende Umrüstung bis 2020 zu gewährleisten, ist eine öffentliche Förderung auch der erhöhten Betriebskosten nach Umrüstung notwendig. Nur wenn auch die erhöhten Betriebskosten, bedingt durch verkürzte Wartungsintervalle, gefördert werden, ist eine anschließende EU-weite Regelung über den beschränkten Einsatz nicht umgerüsteter Wagen oder ähnlich wirkende Maßnahmen ab dem Jahr 2021 zu prüfen.
- Der Schienengüterverkehr ist europäisch. Ein Drittel der in Deutschland verkehrenden Wagen gehört ausländischen Wagenhaltern. Der Netzbeirat fordert die Politik auf, auf der EU-Ebene sicherzustellen, dass auch diese Fahrzeuge im genannten Zeitraum umgerüstet werden. Die Maßnahmen in Deutschland sollten daher durch einen gesamthafter Ansatz der europäischen Verkehrspolitik unterstützt werden und vorangetrieben werden.

Der Netzbeirat fordert mit Nachdruck die Umsetzung der aufgezeigten Maßnahmen.

NetzBeirat bei der DB Netz AG - Gremium nach § 34 AEG

Kontakt:

Vorsitzender:

Dr. Norbert Reinkober, Nahverkehr Rheinland GmbH; Glockengasse 37-39, 50667 Köln

Mail: Norbert.Reinkober@nvr.de

Stellvertretender Vorsitzender

Armin Riedl, Kombiverkehr Deutsche Gesellschaft für kombinierten Güterverkehr mbH & Co. KG,
Zum Laurenburger Hof 76, 60594 Frankfurt am Main

Mail: ariedl@kombiverkehr.de

Zum Hintergrund: Das ist der Netzbeirat:

Das Eisenbahn-Bundesamt hat gemäß § 34 AEG bei der DB Netz AG einen unabhängigen Netzbeirat eingerichtet, der Empfehlungen zum Erhalt der Schienenwege und deren Ausbau und Entwicklung abgeben wird.

Der Netzbeirat besteht seit Januar 2006. Ihm gehören Vertreter oder Beauftragte von Eisenbahnverkehrsunternehmen und der für den Nahverkehr zuständigen Organisationen der Bundesländer an. Dieses Praktikerforum soll sicherstellen, dass die Interessen aller Nutzer bei der strategischen und strukturellen Entwicklung, dem Ausbau und dem Erhalt des Schienewegenetzes angemessen berücksichtigt werden. Im Netzbeirat sind alle Fragen in Bezug auf die Größe, die Kapazität und die Standards des Netzes, insbesondere Planungen von Neu- und Ausbaumaßnahmen sowie Ersatzinvestitionen zu besprechen.

Die DB Netz AG muss deshalb den Netzbeirat über alle strategischen und strukturellen Planungen unterrichten. Der Vorstand des Betreibers der Schienenwege muss die Empfehlungen des Netzbeirates zum Gegenstand seiner Beratungen machen.

Das Eisenbahn-Bundesamt wacht darüber, dass die Empfehlungen des Netzbeirates in den Beratungen des Vorstands der DB Netz AG berücksichtigt werden. Die Schaffung des Netzbeirates ist somit ein weiterer Schritt zur Stärkung eines fairen und unverfälschten Wettbewerbs auf der Schiene.

Der Netzbeirat befasst sich mit allen Fragen in Bezug auf Größe, die Kapazität und die Standards des Netzes; insbesondere werden Planungen von Neu- und Ausbaumaßnahmen sowie Ersatzinvestitionen besprochen. Der Netzbeirat gibt wichtige Empfehlungen zum Erhalt der Schienenwege und deren Ausbau und Entwicklung ab.

Vorsitzender des Netzbeirates ist Dr. Norbert Reinkober (Geschäftsführer Nahverkehr Rheinland und Verkehrsverbund Rhein-Sieg); stellvertretender Vorsitzender Armin Riedl (Geschäftsführer der Kombiverkehr in Frankfurt)